

Kailitz, Steffen: *Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“*. *What's right? What's left?* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, GWV Fachverlage 2001. ISBN: 3-531-13701-8; 334 S.

Rezensiert von: Philipp Stelzel, Ludwig-Maximilians-Universität München

Bei Historikerkontroversen unterscheidet man für gewöhnlich zwischen „fruchtbaren“ und „unfruchtbaren“ Varianten. Zu ersteren zählt etwa die „Fischer-Kontroverse“, die die Forschung zu Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkriegs enorm anregte¹. Der so genannte „Historikerstreit“ galt und gilt dagegen als primär politische Auseinandersetzung, deren wissenschaftlicher Ertrag eher bescheiden ausfiel².

Dass es dennoch von Interesse sein kann, sich mit ihm zu beschäftigen, zeigt die Dissertation des Chemnitzer Politologen Steffen Kailitz. Sein Ziel ist es, am Beispiel des „Historikerstreits“ Strukturen und Elemente der politischen Kultur in der Bundesrepublik zu untersuchen. Kailitz dokumentiert zunächst den Verlauf der Auseinandersetzung und vergleicht dann systematisch die Positionen der Streitteilnehmer, wobei er neben ihren Argumenten auch ihre Argumentationsweise betrachtet.

Leider ist die chronologische Dokumentation des „Historikerstreits“ der einzige zuverlässige, weil ausgewogene Teil der Studie. Detailliert schildert Kailitz zunächst die Vorgeschichte der Kontroverse (Ronald Reagans Besuch in Bitburg, die Rede Richard von Weizsäckers zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes, die Museumspläne der christlich-liberalen Bundesregierung), bevor er sich ihrem Verlauf selbst zuwendet. Die Positionen Ernst Noltes, Michael Stürmers, An-

dreas Hillgrubers und Klaus Hildebrands einerseits, Jürgen Habermas' und seiner Unterstützer andererseits werden prägnant wiedergegeben, aber nicht bewertet, so dass sich der Leser sein eigenes Urteil bilden kann. Auch die Nachwehen der Auseinandersetzung erhalten angemessenen Raum; zuletzt flammte der Streit im Sommer 2000 wieder auf, als sich der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, wegen seiner Laudatio auf Nolte Rücktrittsforderungen ausgesetzt sah. Kritik ist lediglich an der euphemistischen Beschreibung des Nolteschen Positionswandels in den neunziger Jahren zu üben. Wer seine Interviews und Artikel nicht selbst gelesen hat, wird kaum verstehen, warum auch die Nolte vormals wohlgesonnene FAZ ihm zuletzt kein publizistisches Forum mehr gewährte.

An Ausgewogenheit verliert die Studie bei der Darstellung von „Staatsräson“ bzw. „Geschichtsdeutungen“ der Diskutanten. Viele kleine Fehler ergeben hier insgesamt ein schiefes Bild. Wenn Kailitz etwa Hans-Ulrich Wehler vorhält, sowohl Befürworter als auch Gegner der Westbindung Deutschlands fälschlich unter dem Signum „Neue Rechte“ zu subsumieren, wirkt das zunächst sehr überzeugend. Wehlers Kritik bezog sich indessen gar nicht auf die angebliche Ablehnung der Westbindung, sondern auf die von Arnulf Baring, Hans-Peter Schwarz und anderen geforderte hegemoniale Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in Europa³. Ähnlich abwegig ist Kailitz' Behauptung, man habe die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Historikern bei Martin Broszat ignoriert, bei Nolte dagegen skandalisiert. Vorgehalten wurde letzterem nicht die Beschäftigung mit Autoren wie Rassinier und Faurisson, sondern seine z. T. unkritische Übernahme ihrer Thesen. Konstruiert ist auch der Gegensatz zwischen der Ächtung Noltes in Deutschland und seiner angeblich weit positiveren Rezeption im Ausland, wofür natürlich wieder einmal Francois Furet herhalten muss. Die – im Ton – milde-

¹ Vgl. zuletzt Helmut Böhme: „Primat“ und „Paradigmata“. Zur Entwicklung der bundesrepublikanischen Zeitgeschichtsschreibung am Beispiel des Ersten Weltkrieges. In: Hartmut Lehmann (Hg.), *Historikerkontroversen*. Göttingen 2000, S. 87 – 139.

² Vgl. etwa Hans-Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*. München 1988; ähnlich Andreas Hillgruber: Für die Forschung gibt es kein Frageverbot. In: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987, S. 232 – 242.

³ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Angst vor der Macht? Die Machtlust der „Neuen Rechten“*. In: Christian Jansen (Hg.): *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995. Berlin 1995, S. 309 – 319.

re ausländische Kritik an Nolte mag darauf zurückzuführen sein, dass der „Historikerstreit“, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine innerdeutsche Auseinandersetzung war. Umgekehrt würden sich wohl auch deutsche Historiker an einer Debatte zwischen ausländischen Fachkollegen etwas zurückhaltender beteiligen. Zu bemängeln ist ferner die äußerst ungenaue Wiedergabe der Sonderwegs-Diskussion.

Einen Tiefpunkt der Studie markiert der Abschnitt über die Positionen der am „Historikerstreit“ beteiligten Wissenschaftler zur Totalitarismus-Theorie. Kailitz ist ein durch eigene Publikationen wie auch durch seinen Doktorvater Eckhard Jesse ausgewiesener Anhänger dieses Modells⁴. Das erfährt der Leser jedoch nicht; stattdessen werden Kritiker der Totalitarismus-Theorie mit dem Generalverdacht der mangelnden oder gar fehlenden Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus belegt. Damit einhergegangen sei die Unfähigkeit oder der Unwille, zwischen dem demokratischen und dem antidemokratischen Antifaschismus zu differenzieren. Den Verweis auf das Defizit des Totalitarismus-Modells, die Verbindungen zwischen NSDAP und den traditionellen Eliten nicht zu beachten, kontert Kailitz mit dem grotesken Vorwurf, dies erinnere an die kommunistische Agententheorie, der zufolge Hitler nur das Werkzeug des Monopolkapitals war. Ärgerlich sind diese Schwächen insbesondere deshalb, weil Kailitz mit dem Anspruch angetreten ist, die widerstreitenden Positionen erst zu präsentieren und dann zu bewerten. Diese Trennung hält er an fast keiner Stelle durch.

Die Hauptkonfliktlinie des „Historikerstreits“ zieht Kailitz zutreffend zwischen sozial- und christdemokratischen Intellektuellen. Erstere hätten sich – wegen ihrer quantitativen Überlegenheit und ihrer größeren Geschlossenheit – in der Auseinandersetzung schließlich durchgesetzt. Kailitz bezeichnet das „linksdemokratische Spektrum“ sogar als „Inhaber der politisch-kulturellen Hegemonie in der Bundesrepublik“ (S. 303). Dieses Urteil ist wohl ebenso von der Perspektive des Be-

trachters abhängig wie die Feststellung, dass „dem Antiextremismus rechter Demokraten [...] noch immer häufig ein einseitiger Antirechtsextremismus linker gegenüber“ stünde (S. 301). Zu bezweifeln ist auch die These, zahlreiche konservative Teilnehmer am „Historikerstreit“ hätten ihn eigentlich lieber als wissenschaftliche Kontroverse geführt. Vielmehr blieben sich in punkto Unsachlichkeit beide „Lager“ nichts schuldig.

Über die letztgenannten Urteile lässt sich noch verschiedener Meinung sein. Kailitzs Feststellung dagegen, linke Intellektuelle hätten den Eindruck erweckt, „mit dem Widerstand im ‚Historikerstreit‘ den Anfängen einer Wiederkehr der NS-Diktatur zu wehren“ (S. 313), ist schlicht abwegig – bezeichnenderweise bleiben hier auch die Belege dürftig. Unfreiwillig komisch wirkt ferner die Behauptung: „Der ‚Historikerstreit‘ und der Zusammenbruch des Kommunismus markieren Etappen auf dem Weg der linksdemokratischen Intellektuellen zur vorbehaltlosen Loyalität gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik“ (S. 302). Demnach wäre Ernst Nolte dafür zu danken, durch seine Provokation die Systemveränderer um Jürgen Habermas wieder für die liberale Demokratie gewonnen zu haben. Zutreffend ist Kailitz’ Verweis auf die Gemeinsamkeiten der Kontrahenten Stürmer und Habermas bezüglich der Ablehnung eines Nationalstaats Bismarckscher Prägung – dies konnte man allerdings bei Eckhard Jesse bereits 1988 lesen⁵. Für Kailitz’ Studie gilt somit Reinhard Rürups Fazit über Daniel Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“: „Was an den Thesen des Buches richtig ist, ist nicht neu, und was neu ist, ist nicht richtig“⁶.

Steffen Kailitz scheint der Meinung zu sein, Noltés Gegner hätten seine Thesen zu Unrecht tabuisiert. Darüber ließe sich besser streiten, wenn der Autor dies deutlich formulieren würde, anstatt es lediglich zwischen den Zeilen durchscheinen zu lassen. „Jedes normative Urteil eines Geschichts-, Politik-

⁴ Vgl. Steffen Kailitz: Der Streit um den Totalitarismusbegriff. Ein Spiegelbild der politischen Entwicklung? In: Eckard Jesse/ders. (Hg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus und Totalitarismus. Baden-Baden 1997, S. 219 – 250.

⁵ Vgl. Eckard Jesse, Ist der „Historikerstreit“ ein „Historischer Streit“? In: Zeitschrift für Politik 35 (1988), S. 163 – 197, hier S. 181 – 183.

⁶ Vgl. Reinhard Rürup: Viel Lärm um nichts? D. J. Goldhagens „radikale Revision“ der Holocaust-Forschung. In: Neue Politische Literatur 41 (1996), S. 357 – 363, hier S. 361.

oder Sozialwissenschaftlers ist stets in einem gewissen Maße auch von seinen politischen (Vor-)Urteilen beeinflusst“, schreibt Kailitz (S. 314). Dies gilt in hohem Maße gerade für seine eigene Studie, was jedoch weniger problematisch ist als die Tatsache, dass der Autor seine Vorurteile hinter einer schlecht vorgetäuschten Äquidistanz zu verbergen sucht.

HistLit 2002-024 / Philipp Stelzel über Kailitz, Steffen: *Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“*. *What's right? What's left?* Wiesbaden 2001. In: H-Soz-u-Kult 16.05.2002.